

**Abänderungsantrag zu 9.15
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich am 30.06.2011**

Eine besondere Herausforderung für zukunftsorientiertes staatliches Handeln ist das Bildungssystem. Die Kompetenzen und das Wissen der Menschen für die Arbeits- und Berufswelt sichern die Wettbewerbsfähigkeit des österreichischen Wirtschaftsstandortes.

Österreich braucht daher im Rahmen einer Bildungs- und Schulreform ein Paket von Maßnahmen, wie etwa eine qualitativ hochwertige LehrerInnenbildung, den Einsatz von sehr guten und motivierten LehrerInnen, eine sinnvolle Personalsteuerung sowie –entwicklung am jeweiligen Schulstandort, eine potentialorientierte Steuerung der Schülerströme und nicht zuletzt eine qualitativ hochwertige Nachmittagsbetreuung. Den Schlüssel dazu bildet eine echte Schulautonomie mit Ergebnisverantwortung unabhängig von der Organisationsform der Schule.

Weiters müssen die Unterrichtsmethoden im Hinblick auf ihre Aktualität und Zweckmäßigkeit überprüft werden. In einem qualitativ hochwertigen Unterricht werden die Bedürfnisse der SchülerInnen in den Mittelpunkt gerückt und so ihre Talente und Begabungen individuell gefördert.

Antrag:

Die Wirtschaftskammer Österreich mögen sich bei der Bundesregierung und den zuständigen Stellen dafür einsetzen, dass eine Schul- und Bildungsreform nicht primär anhand von Organisationsformen und Schulstrukturen erfolgt, sondern eine echte Schulautonomie und ein möglichst hoher Grad an individualisierter schulischer Betreuung und Ausbildung erlangt wird.

ÖWB SWV RFW Industrie GW

Herrn Präsident
Dr. Christoph LEITL
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Wien, am 9. Juni 2011

**Antrag
an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich
am 30. Juni 2011**

In den Vorarlberger Nachrichten vom 8. Juni 2011 ist unter dem Titel „Wieder auf Leistung setzen“ nachfolgender Artikel erschienen:

„Neue Initiative will dem Ruf nach einer Gesamtschule entgegenreten.
„Bildungsplattform Leistung und Vielfalt“ nennt sich eine neue Gruppe, die u. a. gegen die Gesamtschule und für die Beibehaltung von Neuen Mittelschulen und Gymnasien kämpft. Im Vorstand sitzen der Gründer der Wiener „Sir Karl Popper“-Schule, ein Unternehmensberater, eine Elternvertreterin und ein Maturant. In den Ländern haben sie namhafte Förderer – so sorgt in Vorarlberg der ehemalige Landesschulinspektor für Allgemeinbildende Höhere Schulen und Direktor des BORG Götzis, Herbert Wehinger, dafür, dass die Forderungen vor allem von Politikern wahrgenommen werden, wie er im Gespräch mit den VN bestätigt. Wehingers Motiv: „Ich bin unzufrieden darüber, dass die Diskussion über die Weiterentwicklung der Schule und des Bildungssystems immer wieder reduziert wird auf ein Thema – die Einführung der Gesamtschule. An diese Lösung glaube ich nicht. Daher unterstütze ich diese Plattform.“

Von einer gemeinsamen Schule für alle Zehn- bis 14-Jährigen hält Wehinger nichts: „Es ist nicht einleuchtend, warum leistungswillige Kinder in einer Gruppe mit anderen Buben und Mädchen unterrichtet werden sollen, mit denen man auf einem anderen Niveau reden muss“, so der Altacher: „Ich gehe davon aus, dass man in einigermaßen homogenen Gruppen bessere Leistungen erzielt als in Klassen, in denen zu viele unterschiedliche Begabungen und Interessen vertreten sind.“

Verbesserungen notwendig

Dass er für die Beibehaltung des bestehenden Schulsystems kämpfe, hört Wehinger nicht gerne: „Natürlich muss man sich überlegen, wo Verbesserungen notwendig sind.“ So sei es von der Volksschule bis zu weiterführenden Schulen notwendig, „wieder mehr auf Leistung zu setzen“. Studien, denen zufolge 20 bis 30 Prozent der Kinder am Ende der Volksschule nicht ordentlich lesen könnten, machten deutlich, dass wieder mehr auf die Aneignung von Grundfertigkeiten hingearbeitet werden müsse.

Die Bildungsplattform stellt sich in ihrem Grundsatzpapier gegen das Bildungsvolksbegehren von Androsch: Änderungen an der Schulorganisation müssten einer Volksabstimmung unterzogen werden, heißt es darin: „Sie dürfen nicht auf der Grundlage eines bloßen Volksbegehrens vorgenommen werden.“

Vielfalt fordert die Plattform nicht nur im Hinblick auf die Schultypen. Auch bei der Lehrerausbildung sei Vielfalt gefordert.

„Sozial, kulturell oder sprachlich benachteiligte Kinder sollen durch gesündere Kurse, Stipendien und Förderungen aller Art bestmöglich unterstützt werden“, heißt es in dem Papier außerdem: „Dies darf aber nicht durch Aufnahme in den normalen Unterricht erfolgen.“ „Leistung, Disziplin und ein umfassender Bildungsbegriff“ werden als unverzichtbare Werte einer guten Bildungspolitik bezeichnet: Eine künftige Leistungs- und Bildungselite werde für die Erhaltung des österreichischen Wohlstandsniveaus entscheidend sein. (VN-JOH)“

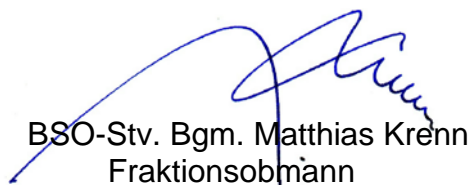
Die unterfertigten Delegierten des Wirtschaftsparlaments Österreich stellen daher folgenden

Antrag:

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich möge beschließen:

Die Organe der Wirtschaftskammer Österreich werden aufgefordert, sich bei den zuständigen Ministern der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die ausstehende Schul- und Bildungsreform nicht anhand von Organisationsformen und Schulstrukturen – in Form der Gesamtschule – erfolgt, sondern eine Individualisierung der Ausbildung Priorität haben muss und so einer Gleichmacherei und Homogenisierung der Ausbildung entschieden entgegengetreten wird.


KommR Fritz Amann
WKÖ-Vizepräsident


BSO-Stv. Bgm. Matthias Krenn
Fraktionsobmann


KommR Winfried Vescoli
Delegierter zum Wirtschaftsparlament


BSO-Stv. Mag. Dorothea Fiedler
Delegierte zum Wirtschaftsparlament